Pressemitteilung

Berlin, den 24.11.2026

Gewalthilfegesetz umsetzen - Ausbau jetzt!

Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November fordert eine breite Allianz aus dem Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff), der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW), dem Bündnis Istanbul-Konvention (BIK), dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), der Frauenhauskoordinierung (FHK) und der Zentralen Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser (ZIF) gemeinsam die konsequente und zügige Umsetzung des Gewalthilfegesetzes.

Das Gesetz wurde Anfang 2025 vom Bundestag und Bundesrat beschlossen. Ab dem 1. Januar 2027 müssen die Bundesländer ein ausreichendes, bedarfsgerechtes Netz an Schutz- und Beratungsangeboten sicherstellen. Doch davon sind alle Länder noch weit entfernt.

Der Handlungsdruck ist hoch: Jede dritte Frau in Deutschland erlebt physische oder sexualisierte Gewalt. Weitere Gewaltformen wie psychische oder ökonomische Gewalt schränken die selbstbestimmte Lebensführung von Frauen massiv ein. Gleichzeitig fehlen mindestens 12.000 Schutzplätze in Frauenhäusern, Beratungsstellen arbeiten unterfinanziert am Rande ihrer Belastungsgrenze, und der Zugang zu Hilfe ist nach wie vor von Geldbeutel, Mobilität und Wohnort abhängig. Nicht nur Strukturen oder Geldflüsse sind betroffen, sondern Menschen: Die Umsetzung des Gewalthilfegesetzes ist entscheidend für das Leben, die Gesundheit, die Sicherheit und die Zukunft von vielen Frauen und Kindern.

Deshalb fordert die Allianz die konsequente und zügige Umsetzung des Gewalthilfegesetzes, insbesondere

- den flächendeckenden, bedarfsgerechten **Ausbau von Schutzunterkünften und Fachberatungsstellen** nach den Standards der Istanbul-Konvention;
- eine **dauerhafte, verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung**, um bestehende Strukturen zu stärken sowie zusätzliche Strukturen aufzubauen;
- **den barriere-, diskriminierungs- und kostenfreien Zugang zu Schutz und Unterstützung** für alle betroffenen Frauen und ihre Kinder.

Dr. Sangeetha Manavalan-Thoppil, Geschäftsführerin des bff

„Fachberatungsstellen sind unverzichtbare Säulen des Hilfesystems. Sie brauchen endlich eine verlässliche, dauerhafte und bedarfsgerechte Finanzierung. Nur so können alle gewaltbetroffenen Frauen niedrigschwellig, barrierefrei und diskriminierungsfrei Unterstützung erhalten, unabhängig von ihrem Wohnort oder ihrer Lebenssituation. Dazu braucht es auch eine starke Präventionsarbeit und gute Vernetzung, damit Betroffene frühzeitig erreicht werden.“

Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe – Frauen gegen Gewalt e. V.
Ansprechpartnerin: Leyla Barghi, Referentin für Pressearbeit und Verbandskommunikation
Petersburger Straße 94, 10247 Berlin | T +49(0)30/32 29 95 00 | **presse@bv-bff.de** | **frauen-gegen-gewalt.de**